

### Anlage 1:

## Leistungsnachweis für die Prüfung von

\*

**A\_1 Leistungsnachweise (gesamt)**  
ZII 6-O 1088-201x/xxxx: Prüfung von ...



[xx.xx.xxxx]

[illegible]

Ort, Datum

Unterschrift und Name in Druckbuchstaben

\* bitte den entsprechenden Institutsnamen einsetzen

[xx.xx.xxxx]

**Unternehmen:**

Name, Vorname:

Prüferkategorie:\*

Preis je Stunde in €:\*\*

[illegible]

<b>Summe:</b>	00:00
---------------	-------

<b>Summe vor Ort:</b>	00:00
-----------------------	-------

ggf. zu kürzender Betrag in €:	10,00
Gesamtbetrag in €:	-10,00

Ort, Datum

Unterschrift und Name in Druckbuchstaben

\* bitte die jeweilige Prüferkategorie angeben: verantwortlicher WP/Prüfungsleiter/sonstiger erfahrener Prüfer/Assistenten usw.

\*\* gemäß der mit dem Angebot eingereichten Preistabelle

\*\*\* Eindeutige und konkrete Darlegung der erbrachten Leistungen mit Angabe, ob die Tätigkeiten im Rahmen der Vorbereitung (1), der Vor-Ort Prüfung (2) oder der Nachbereitung (3) erbracht wurden.

**Anlage 2: Muster der Niederschrift**

Besondere Pflichten, die Sie aufgrund Ihrer Tätigkeit für die BaFin treffen

Ferner: Niederschrift über

1. die Belehrung über die Pflicht zur Verschwiegenheit und Verpflichtung auf den Datenschutz;
2. die Belehrung über das Verbot von Insidergeschäften;
3. die Belehrung über die Pflicht zur Vermeidung von Interessenkonflikten, insbesondere in Bezug auf private Finanzgeschäfte;
4. die Belehrung über Korruptionsprävention, Nebentätigkeiten sowie Belohnungen und Geschenke;
5. die Verpflichtung nach § 1 des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen vom 2. März 1974, zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. August 1974 (BGBl. I, S. 1942).

Sehr geehrte/r Frau/Herr                      geboren am                      in

Sie werden bald für die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, kurz „BaFin“, tätig. Die Öffentlichkeit hat hohe Erwartungen an die BaFin, insbesondere sollen ihre Beschäftigten integer sein, das heißt ihre Aufgaben ordentlich und unparteilich erledigen.

Die BaFin wählt Personen und Unternehmen, die für sie tätig werden, sorgfältig aus und vertraut darauf, dass sie ihre Aufgaben gut erledigen und sich an die geltenden Regeln halten. Viele dieser Regeln sind selbstverständlich. Über einige besondere Regeln, die aufgrund Ihrer Tätigkeit bei der BaFin auch für Sie gelten, möchte ich Sie im Folgenden aufklären.

**Gemeinsam ist all diesen Regelungen das Ziel, dass Sie Ihre Aufgaben nur im Interesse der BaFin bzw. der Bundesrepublik Deutschland vornehmen – es darf noch nicht einmal den Anschein eines Interessenkonflikts bei der Erledigung der Ihnen übertragenen Aufgabe geben. Vermeiden Sie Situationen, in denen persönliche Interessen einen Einfluss auf Ihre unparteiische und objektive Wahrnehmung dienstlicher Pflichten haben können - oder in denen Außenstehende berechtigterweise einen solchen Interessenkonflikt sehen könnten.**

## **I. Verschwiegenheitspflichten und Verpflichtung auf den Datenschutz**

### **1. Was sind vertrauliche Informationen?**

Die BaFin verarbeitet viele vertrauliche Informationen über Unternehmen, z.B. über die Geschäftslage von Banken und Versicherungen. Daneben gibt es in der BaFin auch vielerlei personenbezogene Daten (z.B. Adressen von Beschäftigten), die nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) geschützt sind.

Und schließlich gibt es bei der BaFin auch vertrauliche Informationen über die BaFin und ihre Aufsichtstätigkeit selbst, oder Informationen über die Aufsichtstätigkeit anderer Behörden, z.B. Details über die Vorgehensweise der Aufseher bei bestimmten Prüfungen. Wenn Sie für die BaFin tätig werden, kann es vorkommen, dass auch Sie Zugang zu derartigen vertraulichen Informationen erhalten.

### **2. Welche Verhaltenspflichten bestehen?**

Die einschlägigen gesetzlichen Vorschriften verlangen, dass all diese vertraulichen Informationen, insbesondere personenbezogene Daten, so verarbeitet werden, dass die Vertraulichkeit und Integrität dieser Informationen und Daten gewährleistet werden. Darauf haben die betroffenen Personen und Unternehmen ein Recht.

Vertraulichkeit bedeutet, dass Sie vertrauliche Informationen, insbesondere personenbezogene Daten nur in dem Umfang und in der Weise verarbeiten dürfen, wie es zur Erfüllung der Ihnen übertragenen Aufgaben erforderlich ist. Das bedeutet unter anderem, dass Sie vertrauliche Informationen nur weitergeben dürfen, wenn es zur Erfüllung Ihrer Aufgabe erforderlich ist oder es Ihnen ausdrücklich erlaubt worden ist.

Integrität bedeutet, dass Sie Daten, zu denen Sie hier Zugang erhalten, nur dann ändern oder vernichten dürfen, wenn Ihnen dies ausdrücklich erlaubt ist.

### **3. Verpflichtung**

Deswegen verpflichte ich Sie ausdrücklich auf die Wahrung der Vertraulichkeit aller Informationen und Daten, die Ihnen in der BaFin zugänglich gemacht werden oder von denen Sie Kenntnis erlangen, insbesondere auf die Vertraulichkeit personenbezogener Daten nach Art. 5 Abs. 1 f., Art. 32 Abs. 4 DS-GVO und nach § 53 BDSG.

### **4. Konsequenzen**

Wenn Sie gegen diese Regel verstoßen, machen Sie sich schadensersatzpflichtig, z. B. wenn Sie personenbezogenen Daten weitergeben und der betroffenen Person ein materieller oder immaterieller Schaden entsteht oder wenn einem Unternehmen ein Schaden entsteht, weil Sie vertrauliche Informationen weitergegeben haben.

Derartige Verstöße gegen die Verschwiegenheitspflicht, insbesondere gegen Datenschutzvorschriften, können auch mit Geldbuße, Geldstrafe oder Freiheitsstrafe geahndet werden (§ 203 StGB; Art 84 DSGVO; §§ 42, 43 BDSG).

Ferner stellt ein Verstoß gegen die Vertraulichkeits- und Datenschutzvorschriften auch einen Verstoß gegen vertragliche Pflichten dar und damit einen Kündigungsgrund.

Bitte geben Sie also vertrauliche Informationen nicht weiter. Bitte achten Sie auch darauf, dass Sie z.B. bei der Nutzung von E-Mails geeignete Sicherungsmaßnahmen (insbesondere Verschlüsselung) nutzen, um die Möglichkeiten eines Zugriffs von Dritten auf vertrauliche Informationen so weit wie möglich zu minimieren.

Sollte es dennoch einmal dazu kommen, dass Sie unbeabsichtigt vertrauliche Informationen erhalten (Sie finden z.B. ein wichtiges Papierstück auf dem Flur oder eine E-Mail mit vertraulichen Daten wird offenbar versehentlich an Sie gesendet), wenden Sie sich bitte an die E-Mail-Adresse: [datenschutz@bafin.de](mailto:datenschutz@bafin.de). Ihre Hinweise sind wichtig, damit hier nachgebessert werden kann und dies in Zukunft nicht mehr vorkommt. Sie dürfen, wie gesagt, in einem derartigen Fall die erhaltenen Informationen nicht weiterverarbeiten, verwerten oder an Außenstehende weitergeben.

Diese Vertraulichkeits- und Verschwiegenheitspflichten bestehen auch nach Beendigung der Tätigkeit für die BaFin fort.

## **II. Verbot von Insidergeschäften**

Die vertraulichen Informationen, die Sie unter Umständen im Rahmen Ihrer Tätigkeit für die BaFin erhalten - z.B. über die Geschäftslage einer Bank- können sogenannte Insiderinformationen sein. Dieser Begriff wird in Artikel 7 der Marktmissbrauchsverordnung (MAR) definiert; grob gesagt sind „Insiderinformationen“ nicht öffentlich bekannte Informationen, die, wenn sie öffentlich bekannt *würden*, geeignet wären, den Kurs von Finanzinstrumenten erheblich zu beeinflussen.

Wenn eine Person über Insiderinformationen verfügt und unter Nutzung derselben für eigene oder fremde Rechnung direkt oder indirekt Finanzinstrumente, auf die sich die Informationen beziehen, erwirbt oder veräußert, begeht diese Person ein Insidergeschäft. Insidergeschäfte sind verboten, sie werden nach §§ 119 Absatz 3, 120 Absatz 14 des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG) bestraft.

Sie dürfen also vertrauliche Informationen, die Sie im Rahmen Ihrer Tätigkeit für die BaFin erhalten, nicht zu privaten Zwecken nutzen. Vor allem dürfen Sie aufgrund dieser Information keine Finanzgeschäfte vornehmen, also beispielsweise Aktien kaufen oder verkaufen.

## **III. Pflicht zur Vermeidung von Interessenkonflikten, insbesondere in Bezug auf private Finanzgeschäfte**

Für die Beschäftigten der BaFin gelten gem. § 11a FinDAG Einschränkungen für deren private Finanzgeschäfte; der Handel bestimmter Finanzinstrumente ist verboten. Die für BaFin-Beschäftigte geltenden Regelungen finden die Beschäftigten im Intranet der BaFin unter dem Bereich „Compliance“. Zu den Beschäftigten der BaFin zählen ihre Beamten und Angestellten. Für Externe gelten die internen Regelungen der BaFin nicht. Insbesondere ist die BaFin rechtlich nicht befugt, Ihre Wertpapiergeschäfte zu kontrollieren. Nichtsdestotrotz empfiehlt die BaFin Ihnen, Interessenkonflikte, die sich aufgrund des Zusammenspiels zwischen privaten Finanzgeschäften und dem bestimmungsgemäßen Zugang zu BaFin-internen Informationen

ergeben könnten, offenzulegen. Bitte wenden Sie sich in derartigen Fällen an Ihre/n zuständige/n Ansprechpartner/in bei der BaFin.

Unberührt hiervon bleibt das Verbot, aus Insiderinformationen, von denen Sie im Rahmen der nach o. g. Vertrag zu erbringenden Leistungen Kenntnis erhalten, wirtschaftlichen Nutzen für sich oder Dritte zu ziehen, diese Informationen Dritten mitzuteilen oder zugänglich zu machen bzw. Dritten auf der Grundlage dieser Informationen Geschäfte zu empfehlen (vgl. hierzu oben).

#### **IV. Korruptionsprävention, Nebentätigkeiten sowie Belohnungen und Geschenke**

Es ist möglich, dass Ihre Tätigkeit einen Einfluss auf die Entscheidungen der BaFin hat, z.B. indem Sie Prüfungen in unserem Auftrag vornehmen. Auch hier sind Sie dazu verpflichtet, strikte Neutralität zu wahren. Insbesondere dürfen Sie kein Geld oder andere Vorteile von anderen Personen annehmen, damit Sie bei Ihrer Tätigkeit für die BaFin „ein Auge zudrücken“ oder auf irgendeine Art und Weise die Entscheidung der BaFin zugunsten des Vorteilsgebers beeinflussen. Es besteht ein grundsätzliches Verbot der Annahme von Belohnungen und Geschenken. Korruption ist strafbar und wird von der BaFin nicht geduldet. Nähere Informationen enthält die Richtlinie der Bundesregierung zur Korruptionsprävention in der Bundesverwaltung vom 30. Juli 2004 und der Verhaltenskodex gegen Korruption.

#### **V. Verpflichtung nach dem Verpflichtungsgesetz**

Um die oben beschriebenen Regeln auch durchsetzen zu können, gibt es in Deutschland das Verpflichtungsgesetz. Es sorgt dafür, dass viele Strafrechtsparagrafen, die sonst nur auf Amtsträger/innen anwendbar sind, auch für externe Mitarbeiter/innen oder Auftragnehmer/innen gelten.

##### **Ich verpflichte Sie hiermit nach dem Verpflichtungsgesetz.**

Für Sie gelten ab Unterzeichnung dieses Formulars unter anderem die folgenden Strafvorschriften des Strafgesetzbuches (StGB):

- § 133 Absatz 3 Verwahrungsbruch;
- § 201 Absatz 3 Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes;
- § 203 Absatz 2-5 Verletzung von Privatgeheimnissen;
- § 204 Verwertung fremder Geheimnisse;
- § 331, 332 Vorteilsannahme und Bestechlichkeit;
- § 353 b Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht;
- § 97 b Absatz 2 i.V.m. §§ 94 bis 97 Verrat in irriger Annahme eines illegalen Geheimnisses;
- § 355 Verletzung des Steuergeheimnisses.

Einen *Auszug* aus dem StGB erhalten Sie als Anlage zu diesem Formular.

Mit Ihrer Unterschrift bestätigen Sie, dass Sie über den Inhalt der obenstehenden Punkte I. bis V., über die vorgenannten strafrechtlichen Vorschriften und über die Tatsache, dass diese aufgrund dieser Verpflichtung auch auf Sie anwendbar sind, unterrichtet worden sind. Sie erklären, dass Sie Ihre Obliegenheiten gewissenhaft erfüllen werden.

Ich weise Sie darauf hin, dass die hiermit begründeten Pflichten auch nach Beendigung Ihrer Tätigkeit für die BaFin fortbestehen. Wenn Ihnen bei Ihrer Tätigkeit für die BaFin z.B. vertrauliche Informationen bekannt werden, dann dürfen Sie diese auch dann nicht weitergeben, wenn Sie nicht mehr für die BaFin arbeiten.

Sie unterzeichnen dieses Protokoll nach Verlesung zum Zeichen der Genehmigung und bestätigen gleichzeitig den Empfang einer Abschrift dieses Protokolls, einschließlich der obenstehenden Punkte I. bis V. und einer Kopie der oben genannten Vorschriften.

Bonn, den

, den

(Verpflichtende/r)

(Verpflichtete/r)

## Anlage 3 Vorschriften des StGB

Auszug aus dem Strafgesetzbuch (StGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. November 1998 (BGBl. I S. 3322), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. November 2021 geändert worden ist.

### § 93 Begriff des Staatsgeheimnisses

(1) Staatsgeheimnisse sind Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse, die nur einem begrenzten Personenkreis zugänglich sind und vor einer fremden Macht geheimgehalten werden müssen, um die Gefahr eines schweren Nachteils für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland abzuwenden.

(2) Tatsachen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder unter Geheimhaltung gegenüber den Vertragspartnern der Bundesrepublik Deutschland gegen zwischenstaatlich vereinbarte Rüstungsbeschränkungen verstoßen, sind keine Staatsgeheimnisse.

### § 94 Landesverrat

(1) Wer ein Staatsgeheimnis

1. einer fremden Macht oder einem ihrer Mittelsmänner mitteilt oder  
2. sonst an einen Unbefugten gelangen läßt oder öffentlich bekanntmacht, um die Bundesrepublik Deutschland zu benachteiligen oder eine fremde Macht zu begünstigen,  
und dadurch die Gefahr eines schweren Nachteils für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland herbeiführt, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr bestraft.

(2) In besonders schweren Fällen ist die Strafe lebenslange Freiheitsstrafe oder Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter

1. eine verantwortliche Stellung mißbraucht, die ihn zur Wahrung von Staatsgeheimnissen besonders verpflichtet, oder  
2. durch die Tat die Gefahr eines besonders schweren Nachteils für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland herbeiführt.

### § 95 Offenbaren von Staatsgeheimnissen

(1) Wer ein Staatsgeheimnis, das von einer amtlichen Stelle oder auf deren Veranlassung geheimgehalten wird, an einen Unbefugten gelangen läßt oder öffentlich bekanntmacht und dadurch die Gefahr eines schweren Nachteils für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland herbeiführt, wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft, wenn die Tat nicht in § 94 mit Strafe bedroht ist.

(2) Der Versuch ist strafbar.

(3) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren.

§ 94 Abs. 2 Satz 2 ist anzuwenden.

### § 96 Landesverräterische Ausspähung; Auskundschaften von Staatsgeheimnissen

(1) Wer sich ein Staatsgeheimnis verschafft, um es zu verraten (§ 94), wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren bestraft.

(2) Wer sich ein Staatsgeheimnis, das von einer amtlichen Stelle oder auf deren Veranlassung geheimgehalten wird, verschafft, um es zu offenbaren (§ 95), wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft. Der Versuch ist strafbar.

### § 97 Preisgabe von Staatsgeheimnissen

(1) Wer ein Staatsgeheimnis, das von einer amtlichen Stelle oder auf deren Veranlassung geheimgehalten wird, an einen Unbefugten gelangen läßt oder öffentlich bekanntmacht und dadurch fahrlässig die Gefahr eines schweren Nachteils für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland verursacht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Wer ein Staatsgeheimnis, das von einer amtlichen Stelle oder auf deren Veranlassung geheimgehalten wird und das ihm kraft seines Amtes, seiner Dienststellung oder eines von einer amtlichen Stelle erteilten Auftrags zugänglich war, leichtfertig an einen Unbefugten gelangen läßt und dadurch fahrlässig die Gefahr eines schweren Nachteils für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland verursacht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(3) Die Tat wird nur mit Ermächtigung der Bundesregierung verfolgt.

### § 97a Verrat illegaler Geheimnisse

Wer ein Geheimnis, das wegen eines der in § 93 Abs. 2 bezeichneten Verstöße kein Staatsgeheimnis ist, einer fremden Macht oder einem ihrer Mittelsmänner mitteilt und dadurch die Gefahr eines schweren Nachteils für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland herbeiführt, wird wie ein Landesverräter (§ 94) bestraft. § 96 Abs. 1 in Verbindung mit § 94 Abs. 1 Nr. 1 ist auf Geheimnisse der in Satz 1 bezeichneten Art entsprechend anzuwenden.

### § 97b Verrat in irriger Annahme eines illegalen Geheimnisses

(1) Handelt der Täter in den Fällen der §§ 94 bis 97 in der irrigen Annahme, das Staatsgeheimnis sei ein Geheimnis der in § 97a bezeichneten Art, so wird er, wenn

1. dieser Irrtum ihm vorzuwerfen ist,  
2. er nicht in der Absicht handelt, dem vermeintlichen Verstoß entgegenzuwirken, oder  
3. die Tat nach den Umständen kein angemessenes Mittel zu diesem Zweck ist,



nach den bezeichneten Vorschriften bestraft. Die Tat ist in der Regel kein angemessenes Mittel, wenn der Täter nicht zuvor ein Mitglied des Bundestages um Abhilfe angerufen hat.

(2) War dem Täter als Amtsträger oder als Soldat der Bundeswehr das Staatsgeheimnis dienstlich anvertraut oder zugänglich, so wird er auch dann bestraft, wenn nicht zuvor der Amtsträger einen Dienstvorgesetzten, der Soldat einen Disziplinarvorgesetzten um Abhilfe angerufen hat. Dies gilt für die für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten und für Personen, die im Sinne des § 353b Abs. 2 verpflichtet worden sind, sinngemäß.

### **§ 133 Verwahrungsbruch**

(1) Wer Schriftstücke oder andere bewegliche Sachen, die sich in dienstlicher Verwahrung befinden oder ihm oder einem anderen dienstlich in Verwahrung gegeben worden sind, zerstört, beschädigt, unbrauchbar macht oder der dienstlichen Verfügung entzieht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Dasselbe gilt für Schriftstücke oder andere bewegliche Sachen, die sich in amtlicher Verwahrung einer Kirche oder anderen Religionsgesellschaft des öffentlichen Rechts befinden oder von dieser dem Täter oder einem anderen amtlich in Verwahrung gegeben worden sind.

(3) Wer die Tat an einer Sache begeht, die ihm als Amtsträger oder für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten anvertraut worden oder zugänglich geworden ist, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

### **§ 201 Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes**

(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer unbefugt

1. das nichtöffentlich gesprochene Wort eines anderen auf einen Tonträger aufnimmt oder
2. eine so hergestellte Aufnahme gebraucht oder einem Dritten zugänglich macht.

(2) Ebenso wird bestraft, wer unbefugt

1. das nicht zu seiner Kenntnis bestimmte nichtöffentlich gesprochene Wort eines anderen mit einem Abhörgerät abhört oder
2. das nach Absatz 1 Nr. 1 aufgenommene oder nach Absatz 2 Nr. 1 abgehörte nichtöffentlich gesprochene Wort eines anderen im Wortlaut oder seinem wesentlichen Inhalt nach öffentlich mitteilt.

Die Tat nach Satz 1 Nr. 2 ist nur strafbar, wenn die öffentliche Mitteilung geeignet ist, berechnete Interessen eines anderen zu beeinträchtigen. Sie ist nicht rechtswidrig, wenn die öffentliche Mitteilung zur Wahrnehmung überragender öffentlicher Interessen gemacht wird.

(3) Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer als Amtsträger oder als für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteter die Vertraulichkeit des Wortes verletzt (Absätze 1 und 2).

(4) Der Versuch ist strafbar.

(5) Die Tonträger und Abhörgeräte, die der Täter oder Teilnehmer verwendet hat, können eingezogen werden. § 74a ist anzuwenden.

### **§ 203 Verletzung von Privatgeheimnissen**

(1) Wer unbefugt ein fremdes Geheimnis, namentlich ein zum persönlichen Lebensbereich gehörendes Geheimnis oder ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis, offenbart, das ihm als

1. Arzt, Zahnarzt, Tierarzt, Apotheker oder Angehörigen eines anderen Heilberufs, der für die Berufsausübung oder die Führung der Berufsbezeichnung eine staatlich geregelte Ausbildung erfordert,
  2. Berufspsychologen mit staatlich anerkannter wissenschaftlicher Abschlußprüfung,
  3. Rechtsanwalt, Kammerrechtsbeistand, Patentanwalt, Notar, Verteidiger in einem gesetzlich geordneten Verfahren, Wirtschaftsprüfer, vereidigtem Buchprüfer, Steuerberater, Steuerbevollmächtigten oder Organ oder Mitglied eines Organs einer Rechtsanwalts-, Patentanwalts-, Wirtschaftsprüfungs-, Buchprüfungs- oder Steuerberatungsgesellschaft,
  4. Ehe-, Familien-, Erziehungs- oder Jugendberater sowie Berater für Suchtfragen in einer Beratungsstelle, die von einer Behörde oder Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts anerkannt ist,
  5. Mitglied oder Beauftragten einer anerkannten Beratungsstelle nach den §§ 3 und 8 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes,
  6. staatlich anerkanntem Sozialarbeiter oder staatlich anerkanntem Sozialpädagogen oder
  7. Angehörigen eines Unternehmens der privaten Kranken-, Unfall- oder Lebensversicherung oder einer privatärztlichen, steuerberaterlichen oder anwaltlichen Verrechnungsstelle
- anvertraut worden oder sonst bekanntgeworden ist, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer unbefugt ein fremdes Geheimnis, namentlich ein zum persönlichen Lebensbereich gehörendes Geheimnis oder ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis, offenbart, das ihm als

1. Amtsträger oder Europäischer Amtsträger,
  2. für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten,
  3. Person, die Aufgaben oder Befugnisse nach dem Personalvertretungsrecht wahrnimmt,
  4. Mitglied eines für ein Gesetzgebungsorgan des Bundes oder eines Landes tätigen Untersuchungsausschusses, sonstigen Ausschusses oder Rates, das nicht selbst Mitglied des Gesetzgebungsorgans ist, oder als Hilfskraft eines solchen Ausschusses oder Rates,
  5. öffentlich bestelltem Sachverständigen, der auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten auf Grund eines Gesetzes förmlich verpflichtet worden ist, oder
  6. Person, die auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Geheimhaltungspflicht bei der Durchführung wissenschaftlicher Forschungsvorhaben auf Grund eines Gesetzes förmlich verpflichtet worden ist,
- anvertraut worden oder sonst bekanntgeworden ist. Einem Geheimnis im Sinne des Satzes 1 stehen Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse eines anderen gleich, die für Aufgaben der öffentlichen Verwaltung erfaßt worden sind; Satz 1 ist jedoch

nicht anzuwenden, soweit solche Einzelangaben anderen Behörden oder sonstigen Stellen für Aufgaben der öffentlichen Verwaltung bekanntgegeben werden und das Gesetz dies nicht untersagt.

(3) Kein Offenbaren im Sinne dieser Vorschrift liegt vor, wenn die in den Absätzen 1 und 2 genannten Personen Geheimnisse den bei ihnen berufsmäßig tätigen Gehilfen oder den bei ihnen zur Vorbereitung auf den Beruf tätigen Personen zugänglich machen. Die in den Absätzen 1 und 2 Genannten dürfen fremde Geheimnisse gegenüber sonstigen Personen offenbaren, die an ihrer beruflichen oder dienstlichen Tätigkeit mitwirken, soweit dies für die Inanspruchnahme der Tätigkeit der sonstigen mitwirkenden Personen erforderlich ist; das Gleiche gilt für sonstige mitwirkende Personen, wenn diese sich weiterer Personen bedienen, die an der beruflichen oder dienstlichen Tätigkeit der in den Absätzen 1 und 2 Genannten mitwirken.

(4) Mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer unbefugt ein fremdes Geheimnis offenbart, das ihm bei der Ausübung oder bei Gelegenheit seiner Tätigkeit als mitwirkende Person oder als bei den in den Absätzen 1 und 2 genannten Personen tätiger Datenschutzbeauftragter bekannt geworden ist.

Ebenso wird bestraft, wer

1. als in den Absätzen 1 und 2 genannte Person nicht dafür Sorge getragen hat, dass eine sonstige mitwirkende Person, die unbefugt ein fremdes, ihr bei der Ausübung oder bei Gelegenheit ihrer Tätigkeit bekannt gewordenes Geheimnis offenbart, zur Geheimhaltung verpflichtet wurde; dies gilt nicht für sonstige mitwirkende Personen, die selbst eine in den Absätzen 1 oder 2 genannte Person sind,

2. als im Absatz 3 genannte mitwirkende Person sich einer weiteren mitwirkenden Person, die unbefugt ein fremdes, ihr bei der Ausübung oder bei Gelegenheit ihrer Tätigkeit bekannt gewordenes Geheimnis offenbart, bedient und nicht dafür Sorge getragen hat, dass diese zur Geheimhaltung verpflichtet wurde; dies gilt nicht für sonstige mitwirkende Personen, die selbst eine in den Absätzen 1 oder 2 genannte Person sind, oder

3. nach dem Tod der nach Satz 1 oder nach den Absätzen 1 oder 2 verpflichteten Person ein fremdes Geheimnis unbefugt offenbart, das er von dem Verstorbenen erfahren oder aus dessen Nachlass erlangt hat.

(5) Die Absätze 1 bis 4 sind auch anzuwenden, wenn der Täter das fremde Geheimnis nach dem Tod des Betroffenen unbefugt offenbart.

(6) Handelt der Täter gegen Entgelt oder in der Absicht, sich oder einen anderen zu bereichern oder einen anderen zu schädigen, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder Geldstrafe.

#### **§ 204 Verwertung fremder Geheimnisse**

(1) Wer unbefugt ein fremdes Geheimnis, namentlich ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis, zu dessen Geheimhaltung er nach § 203 verpflichtet ist, verwertet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) § 203 Absatz 5 gilt entsprechend.

#### **§ 331 Vorteilsannahme**

(1) Ein Amtsträger, ein Europäischer Amtsträger oder ein für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteter, der für die Dienstausübung einen Vorteil für sich oder einen Dritten fordert, sich versprechen läßt oder annimmt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ein Richter, Mitglied eines Gerichts der Europäischen Union oder Schiedsrichter, der einen Vorteil für sich oder einen Dritten als Gegenleistung dafür fordert, sich versprechen läßt oder annimmt, daß er eine richterliche Handlung vorgenommen hat oder künftig vornehme, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Der Versuch ist strafbar.

(3) Die Tat ist nicht nach Absatz 1 strafbar, wenn der Täter einen nicht von ihm geforderten Vorteil sich versprechen läßt oder annimmt und die zuständige Behörde im Rahmen ihrer Befugnisse entweder die Annahme vorher genehmigt hat oder der Täter unverzüglich bei ihr Anzeige erstattet und sie die Annahme genehmigt.

#### **§ 332 Bestechlichkeit**

(1) Ein Amtsträger, ein Europäischer Amtsträger oder ein für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteter, der einen Vorteil für sich oder einen Dritten als Gegenleistung dafür fordert, sich versprechen läßt oder annimmt, daß er eine Diensthandlung vorgenommen hat oder künftig vornehme und dadurch seine Dienstpflichten verletzt hat oder verletzen würde, wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft. In minder schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe. Der Versuch ist strafbar.

(2) Ein Richter, Mitglied eines Gerichts der Europäischen Union oder Schiedsrichter, der einen Vorteil für sich oder einen Dritten als Gegenleistung dafür fordert, sich versprechen läßt oder annimmt, daß er eine richterliche Handlung vorgenommen hat oder künftig vornehme und dadurch seine richterlichen Pflichten verletzt hat oder verletzen würde, wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren bestraft. In minder schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren.

(3) Falls der Täter den Vorteil als Gegenleistung für eine künftige Handlung fordert, sich versprechen läßt oder annimmt, so sind die Absätze 1 und 2 schon dann anzuwenden, wenn er sich dem anderen gegenüber bereit gezeigt hat,

1. bei der Handlung seine Pflichten zu verletzen oder,

2. soweit die Handlung in seinem Ermessen steht, sich bei Ausübung des Ermessens durch den Vorteil beeinflussen zu lassen.

#### **§ 333 Vorteilsgewährung**

(1) Wer einem Amtsträger, einem Europäischen Amtsträger, einem für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten oder einem Soldaten der Bundeswehr für die Dienstausübung einen Vorteil für diesen oder einen Dritten anbietet, verspricht oder gewährt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Wer einem Richter, Mitglied eines Gerichts der Europäischen Union oder Schiedsrichter einen Vorteil für diesen oder einen Dritten als Gegenleistung dafür anbietet, verspricht oder gewährt, daß er eine richterliche Handlung vorgenommen hat oder künftig vornehme, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(3) Die Tat ist nicht nach Absatz 1 strafbar, wenn die zuständige Behörde im Rahmen ihrer Befugnisse entweder die Annahme des Vorteils durch den Empfänger vorher genehmigt hat oder sie auf unverzügliche Anzeige des Empfängers genehmigt.

### **§ 334 Bestechung**

(1) Wer einem Amtsträger, einem Europäischen Amtsträger, einem für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten oder einem Soldaten der Bundeswehr einen Vorteil für diesen oder einen Dritten als Gegenleistung dafür anbietet, verspricht oder gewährt, daß er eine Diensthandlung vorgenommen hat oder künftig vornehme und dadurch seine Dienstpflichten verletzt hat oder verletzen würde, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft. In minder schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder Geldstrafe.

(2) Wer einem Richter, Mitglied eines Gerichts der Europäischen Union oder Schiedsrichter einen Vorteil für diesen oder einen Dritten als Gegenleistung dafür anbietet, verspricht oder gewährt, daß er eine richterliche Handlung

1. vorgenommen und dadurch seine richterlichen Pflichten verletzt hat oder

2. künftig vornehme und dadurch seine richterlichen Pflichten verletzen würde,

wird in den Fällen der Nummer 1 mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren, in den Fällen der Nummer 2 mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft. Der Versuch ist strafbar.

(3) Falls der Täter den Vorteil als Gegenleistung für eine künftige Handlung anbietet, verspricht oder gewährt, so sind die Absätze 1 und 2 schon dann anzuwenden, wenn er den anderen zu bestimmen versucht, daß dieser

1. bei der Handlung seine Pflichten verletzt oder,

2. soweit die Handlung in seinem Ermessen steht, sich bei der Ausübung des Ermessens durch den Vorteil beeinflussen läßt.

### **§ 335 Besonders schwere Fälle der Bestechlichkeit und Bestechung**

(1) In besonders schweren Fällen wird

1. eine Tat nach

a) § 332 Abs. 1 Satz 1, auch in Verbindung mit Abs. 3, und

b) § 334 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2, jeweils auch in Verbindung mit Abs. 3, mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren und

2. eine Tat nach § 332 Abs. 2, auch in Verbindung mit Abs. 3, mit Freiheitsstrafe nicht unter zwei Jahren bestraft.

(2) Ein besonders schwerer Fall im Sinne des Absatzes 1 liegt in der Regel vor, wenn

1. die Tat sich auf einen Vorteil großen Ausmaßes bezieht,

2. der Täter fortgesetzt Vorteile annimmt, die er als Gegenleistung dafür gefordert hat, daß er eine Diensthandlung künftig vornehme, oder

3. der Täter gewerbsmäßig oder als Mitglied einer Bande handelt, die sich zur fortgesetzten Begehung solcher Taten verbunden hat.

### **§ 335a Ausländische und internationale Bedienstete**

(1) Für die Anwendung des § 331 Absatz 2 und des § 333 Absatz 2 sowie der §§ 332 und 334, diese jeweils auch in Verbindung mit § 335, auf eine Tat, die sich auf eine künftige richterliche Handlung oder eine künftige Diensthandlung bezieht, stehen gleich:

1. einem Richter:

ein Mitglied eines ausländischen und eines internationalen Gerichts;

2. einem sonstigen Amtsträger:

a) ein Bediensteter eines ausländischen Staates und eine Person, die beauftragt ist, öffentliche Aufgaben für einen ausländischen Staat wahrzunehmen;

b) ein Bediensteter einer internationalen Organisation und eine Person, die beauftragt ist, Aufgaben einer internationalen Organisation wahrzunehmen;

c) ein Soldat eines ausländischen Staates und ein Soldat, der beauftragt ist, Aufgaben einer internationalen Organisation wahrzunehmen.

(2) Für die Anwendung des § 331 Absatz 1 und 3 sowie des § 333 Absatz 1 und 3 auf eine Tat, die sich auf eine künftige Diensthandlung bezieht, stehen gleich:

1. einem Richter:

ein Mitglied des Internationalen Strafgerichtshofes;

2. einem sonstigen Amtsträger:

ein Bediensteter des Internationalen Strafgerichtshofes.

(3) Für die Anwendung des § 333 Absatz 1 und 3 auf eine Tat, die sich auf eine künftige Diensthandlung bezieht, stehen gleich:

1. einem Soldaten der Bundeswehr:

ein Soldat der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der nichtdeutschen Vertragsstaaten des Nordatlantikpaktes, die sich zur Zeit der Tat im Inland aufhalten;

2. einem sonstigen Amtsträger:

ein Bediensteter dieser Truppen;

3. einem für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten:

eine Person, die bei den Truppen beschäftigt oder für sie tätig und auf Grund einer allgemeinen o- der besonderen Anweisung einer höheren Dienststelle der Truppen zur gewissenhaften Erfüllung ihrer Obliegenheiten förmlich verpflichtet worden ist.

#### **§ 336 Unterlassen der Diensthandlung**

Der Vornahme einer Diensthandlung oder einer richterlichen Handlung im Sinne der §§ 331 bis 335a steht das Unterlassen der Handlung gleich.

#### **§ 337 Schiedsrichtervergütung**

Die Vergütung eines Schiedsrichters ist nur dann ein Vorteil im Sinne der §§ 331 bis 335, wenn der Schiedsrichter sie von einer Partei hinter dem Rücken der anderen fordert, sich versprechen läßt oder annimmt oder wenn sie ihm eine Partei hinter dem Rücken der anderen anbietet, verspricht oder gewährt.

#### **§ 339 Rechtsbeugung**

Ein Richter, ein anderer Amtsträger oder ein Schiedsrichter, welcher sich bei der Leitung oder Entscheidung einer Rechtssache zugunsten oder zum Nachteil einer Partei einer Beugung des Rechts schuldig macht, wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu fünf Jahren bestraft.

#### **§ 340 Körperverletzung im Amt**

(1) Ein Amtsträger, der während der Ausübung seines Dienstes oder in Beziehung auf seinen Dienst eine Körperverletzung begeht oder begehen läßt, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft. In minder schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe.

(2) Der Versuch ist strafbar.

(3) Die §§ 224 bis 229 gelten für Straftaten nach Absatz 1 Satz 1 entsprechend.

#### **§ 348 Falschbeurkundung im Amt**

(1) Ein Amtsträger, der, zur Aufnahme öffentlicher Urkunden befugt, innerhalb seiner Zuständigkeit eine rechtlich erhebliche Tatsache falsch beurkundet oder in öffentliche Register, Bücher oder Dateien falsch einträgt oder eingibt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Der Versuch ist strafbar.

#### **§ 352 Gebührenüberhebung**

(1) Ein Amtsträger, Anwalt oder sonstiger Rechtsbeistand, welcher Gebühren oder andere Vergütungen für amtliche Verrichtungen zu seinem Vorteil zu erheben hat, wird, wenn er Gebühren oder Vergütungen erhebt, von denen er weiß, daß der Zahlende sie überhaupt nicht oder nur in geringerem Betrag schuldet, mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Der Versuch ist strafbar.

#### **§ 353 Abgabenüberhebung, Leistungskürzung**

(1) Ein Amtsträger, der Steuern, Gebühren oder andere Abgaben für eine öffentliche Kasse zu erheben hat, wird, wenn er Abgaben, von denen er weiß, daß der Zahlende sie überhaupt nicht oder nur in geringerem Betrag schuldet, erhebt und das rechtswidrig Erhobene ganz oder zum Teil nicht zur Kasse bringt, mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer als Amtsträger bei amtlichen Ausgaben an Geld oder Naturalien dem Empfänger rechtswidrig Abzüge macht und die Ausgaben als vollständig geleistet in Rechnung stellt.

#### **§ 353b Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht**

1) Wer ein Geheimnis, das ihm als

1. Amtsträger,

2. für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten,

3. Person, die Aufgaben oder Befugnisse nach dem Personalvertretungsrecht wahrnimmt oder

4. Europäischer Amtsträger,

anvertraut worden oder sonst bekanntgeworden ist, unbefugt offenbart und dadurch wichtige öffentliche Interessen gefährdet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Hat der Täter durch die Tat fahrlässig wichtige öffentliche Interessen gefährdet, so wird er mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Wer, abgesehen von den Fällen des Absatzes 1, unbefugt einen Gegenstand oder eine Nachricht, zu deren Geheimhaltung er

1. auf Grund des Beschlusses eines Gesetzgebungsorgans des Bundes oder eines Landes oder eines seiner Ausschüsse verpflichtet ist oder

2. von einer anderen amtlichen Stelle unter Hinweis auf die Strafbarkeit der Verletzung der Geheimhaltungspflicht förmlich verpflichtet worden ist,

an einen anderen gelangen läßt oder öffentlich bekanntmacht und dadurch wichtige öffentliche Interessen gefährdet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(3) Der Versuch ist strafbar.

(3a) Beihilfehandlungen einer in § 53 Absatz 1

Satz 1 Nummer 5 der Strafprozessordnung genannten Person sind nicht rechtswidrig, wenn sie sich auf die Entgegennahme, Auswertung oder Veröffentlichung des Geheimnisses oder des Gegenstandes oder der Nachricht, zu deren Geheimhaltung eine besondere Verpflichtung besteht, beschränken.

(4) Die Tat wird nur mit Ermächtigung verfolgt.

Die Ermächtigung wird erteilt

1. von dem Präsidenten des Gesetzgebungsorgans

a) in den Fällen des Absatzes 1, wenn dem Täter das Geheimnis während seiner Tätigkeit bei einem oder für ein Gesetzgebungsorgan des Bundes oder eines Landes bekanntgeworden ist,

b) in den Fällen des Absatzes 2 Nr. 1;

2. von der obersten Bundesbehörde

a) in den Fällen des Absatzes 1, wenn dem Täter das Geheimnis während seiner Tätigkeit sonst bei einer oder für eine Behörde oder bei einer anderen amtlichen Stelle des Bundes oder für eine solche Stelle bekanntgeworden ist,

b) in den Fällen des Absatzes 2 Nr. 2, wenn der Täter von einer amtlichen Stelle des Bundes verpflichtet worden ist;

3. von der Bundesregierung in den Fällen des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 4, wenn dem Täter das Geheimnis während seiner Tätigkeit bei einer Dienststelle der Europäischen Union bekannt geworden ist;

4. von der obersten Landesbehörde in allen übrigen Fällen der Absätze 1 und 2 Nr. 2.

In den Fällen des Satzes 2 Nummer 3 wird die Tat nur verfolgt, wenn zudem ein Strafverlangen der Dienststelle vorliegt.

### **§ 355 Verletzung des Steuergeheimnisses**

1) Wer unbefugt

1. personenbezogene Daten eines anderen, die ihm als Amtsträger

a) in einem Verwaltungsverfahren, einem Rechnungsprüfungsverfahren oder einem gerichtlichen Verfahren in Steuersachen,

b) in einem Strafverfahren wegen einer Steuerstraftat oder in einem Bußgeldverfahren wegen einer Steuerordnungswidrigkeit,

c) im Rahmen einer Weiterverarbeitung nach § 29c Absatz 1 Satz 1 Nummer 4, 5 oder 6 der Abgabenordnung oder aus anderem dienstlichen Anlass, insbesondere durch Mitteilung einer Finanzbehörde oder durch die gesetzlich vorgeschriebene Vorlage eines Steuerbescheids oder einer Bescheinigung über die bei der Besteuerung getroffenen Feststellungen bekannt geworden sind, oder

2. ein fremdes Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis, das ihm als Amtsträger in einem der in Nummer 1 genannten Verfahren bekannt geworden ist,

offenbart oder verwertet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Personenbezogene Daten eines anderen oder fremde Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse sind dem Täter auch dann als Amtsträger in einem in Satz 1 Nummer 1 genannten Verfahren bekannt geworden, wenn sie sich aus Daten ergeben, zu denen er Zugang hatte und die er unbefugt abgerufen hat. Informationen, die sich auf identifizierte oder identifizierbare verstorbene natürliche Personen oder Körperschaften, rechtsfähige oder nicht rechtsfähige Personenvereinigungen oder Vermögensmassen beziehen, stehen personenbezogenen Daten eines anderen gleich.

(2) Den Amtsträgern im Sinne des Absatzes 1 stehen gleich

1. die für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten,

2. amtlich zugezogene Sachverständige und

3. die Träger von Ämtern der Kirchen und anderen Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts.

(3) Die Tat wird nur auf Antrag des Dienstvorgesetzten oder des Verletzten verfolgt. Bei Taten amtlich zugezogener Sachverständiger ist der Leiter der Behörde, deren Verfahren betroffen ist, neben dem Verletzten antragsberechtigt.

### **§ 358 Nebenfolgen**

Neben einer Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten wegen einer Straftat nach den §§ 332, 335, 339, 340, 343, 344, 345 Abs. 1 und 3, §§ 348, 352 bis 353b Abs. 1, §§ 355 und 357 kann das Gericht die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden (§ 45 Abs. 2), aberkennen.

## **Anlage 4: Verhaltenskodex gegen Korruption**

**(Anlage zur Richtlinie der Bundesregierung zur Korruptionsprävention in der Bundesverwaltung vom 30. Juli 2004)**

Dieser Verhaltenskodex soll die Beschäftigten auf Gefahrensituationen hinweisen, in denen sie ungewollt in Korruption verstrickt werden können. Weiterhin soll er die Beschäftigten zur pflichtgemäßen und gesetzestreuen Erfüllung ihrer Aufgaben anhalten und ihnen die Folgen korrupten Verhaltens vor Augen führen:

**Daher:**

- 1. Seien Sie Vorbild: Zeigen Sie durch Ihr Verhalten, dass Sie Korruption weder dulden noch unterstützen.**
- 2. Wehren Sie Korruptionsversuche sofort ab und informieren Sie unverzüglich die Ansprechperson für Korruptionsprävention und Ihre Vorgesetzte oder Ihren Vorgesetzten.**
- 3. Vermuten Sie, dass jemand Sie um eine pflichtwidrige Bevorzugung bitten will, so ziehen Sie einen Kollegen oder eine Kollegin als Zeugen oder Zeugin hinzu.**
- 4. Arbeiten Sie so, dass Ihre Arbeit jederzeit überprüft werden kann.**
- 5. Trennen Sie strikt Dienst- und Privatleben. Prüfen Sie, ob Ihre Privatinteressen zu einer Kollision mit Ihren Dienstpflichten führen.**
- 6. Unterstützen Sie Ihre Dienststelle bei der Entdeckung und Aufklärung von Korruption. Informieren Sie die Ansprechperson für Korruptionsprävention und Ihre Vorgesetzte oder Ihren Vorgesetzten bei konkreten Anhaltspunkten für korruptes Verhalten.**
- 7. Unterstützen Sie Ihre Dienststelle beim Erkennen fehlerhafter Organisationsstrukturen, die Korruption begünstigen.**
- 8. Lassen Sie sich zum Thema Korruptionsprävention aus- und fortbilden.**
- 9. Und was tun, wenn Sie sich bereits verstrickt haben? Befreien Sie sich von der ständigen Angst vor Entdeckung! Machen Sie reinen Tisch!**

**Offenbaren Sie sich aus eigenem Antrieb und führen Ihre Angaben zur vollständigen Aufklärung des Sachverhaltes, kann dies sowohl bei der Strafzumessung als auch bei dienstrechtlichen Reaktionen mildernd berücksichtigt werden.**

**Zu 1.** Korruption in der öffentlichen Verwaltung könnte besser verhindert werden, wenn sich jeder zum Ziel setzt, Korruption zu bekämpfen. Dies entspricht auch den Pflichten, die Beschäftigte bei der Einstellung gegenüber dem Dienstherrn bzw. dem Arbeitgeber übernommen haben:

Beschäftigte haben sich bei ihrer Einstellung verpflichtet, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die geltenden Gesetze zu wahren und ihre Aufgaben gewissenhaft zu erfüllen. Beschäftigte haben sich so zu verhalten, wie es von Angehörigen des öffentlichen Dienstes erwartet wird und sich darüber hinaus durch ihr gesamtes Verhalten zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen. Alle Beschäftigten haben ihre Aufgaben daher unparteiisch und gerecht zu erfüllen.

Korruptes Verhalten widerspricht diesen Verpflichtungen und schädigt das Ansehen des öffentlichen Dienstes. Es zerstört das Vertrauen in die Unparteilichkeit und Objektivität der Staatsverwaltung und damit die Grundlagen für das Zusammenleben in einem staatlichen Gemeinwesen.

Alle Beschäftigten haben daher die Aufgabe, durch ihr Verhalten Vorbild für alle anderen, für Vorgesetzte und für Bürger und Bürgerinnen zu sein.

**zu 2.** Bei Außenkontakten, z. B. mit Personen der Auftragnehmerseite oder der antragstellenden Seite oder bei Kontrolltätigkeiten, müssen Sie von Anfang an klare Verhältnisse schaffen und jeden Korruptionsversuch sofort abwehren. Es darf nie der Eindruck entstehen, dass Sie für „kleine Geschenke“ offen sind. Scheuen Sie sich nicht, ein Geschenk zurückzuweisen oder es zurückzusenden – mit der Bitte um Verständnis für die für Sie geltenden Regeln.

Arbeiten Sie in einem Verwaltungsbereich, der sich mit der Vergabe von öffentlichen Aufträgen beschäftigt, so seien Sie besonders sensibel für Versuche Dritter, Einfluss auf Ihre Entscheidung zu nehmen. In diesem Bereich gibt es die meisten Korruptionshandlungen.

Halten Sie sich daher streng an Recht und Gesetz und beachten Sie die Richtlinien zum Verbot der Annahme von Belohnungen oder Geschenken.

Wenn Sie von Dritten um eine zweifelhafte Gefälligkeit gebeten worden sind, so informieren Sie unverzüglich Ihre Vorgesetzte oder Ihren Vorgesetzten und die Ansprechperson für Korruptionsprävention. Das hilft zum einen, selbst jeglichem Korruptionsverdacht zu entgehen, zum anderen aber auch, u. U. rechtliche Maßnahmen gegen Dritte einleiten zu können. Wenn Sie einen Korruptionsversuch zwar selbst abwehren, ihn aber nicht offenbaren, so wird sich Ihr Gegenüber an einen anderen wenden und es bei ihm versuchen. Schützen Sie daher auch Ihre Kollegen und Kolleginnen durch konsequentes Offenlegen von Korruptionsversuchen Außenstehender.

Alle Beschäftigten (Vorgesetzte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) müssen an einem Strang ziehen, um einheitlich und glaubhaft aufzutreten.

**zu 3.** Manchmal steht Ihnen ein Gespräch bevor, bei dem Sie vermuten, dass ein zweifelhaftes Ansinnen an Sie gestellt und dieses nicht leicht zurückzuweisen sein wird. Hier hilft oftmals auch eindeutige Distanzierung nicht. In solchen Fällen sollten Sie sich der Situation nicht allein stellen, sondern einen anderen zu dem Gespräch hinzubitten. Sprechen Sie vorher mit ihm und bitten Sie ihn, auch durch sein Verhalten jeglichen Korruptionsversuch abzuwehren.

**zu 4.** Ihre Arbeitsweise sollte transparent und für jeden nachvollziehbar sein.

Da Sie Ihren Arbeitsplatz in der Regel wieder verlassen werden (Übertragung neuer Aufgaben, Versetzung) oder auch einmal kurzfristig ausfallen (Krankheit, Urlaub), sollten Ihre Arbeitsvorgänge schon deshalb so transparent sein, dass sich jederzeit eine Sie vertretende Person einarbeiten kann. Die transparente Aktenführung hilft Ihnen aber auch, sich bei Kontrollvorgängen vor dem ausgesprochenen oder unausgesprochenen Vorwurf der Unredlichkeit zu schützen. "Nebenakten" sollten Sie vermeiden, um jeden Eindruck von Unredlichkeit von vornherein auszuschließen. Handakten sind nur zu führen, wenn es für die Erledigung der Arbeit unumgänglich ist.

**zu 5.** Korruptionsversuche werden oftmals gestartet, indem Dritte den dienstlichen Kontakt auf Privatkontakte ausweiten. Es ist bekanntermaßen besonders schwierig, eine „Gefälligkeit“ zu verweigern, wenn man sich privat hervorragend versteht und man selber oder die eigene Familie Vorteile und Vergünstigungen erhält (Konzertkarten, verbilligter gemeinsamer Urlaub, Einladungen zu teuren Essen, die man nicht erwidern kann usw.). Bei privaten Kontakten sollten Sie daher von Anfang an klarstellen, dass Sie streng zwischen Dienst- und Privatleben trennen müssen, um nicht in den Verdacht der Vorteilsannahme zu geraten.

Diese strenge Trennung zwischen privaten Interessen und dienstlichen Aufgaben müssen Sie ohnehin – unabhängig von einer Korruptionsgefahr – bei Ihrer gesamten dienstlichen Tätigkeit beachten. Ihre Dienststelle, jeder Bürger und jede Bürgerin haben Anspruch auf Ihr faires, sachgemäßes, unparteiisches Verhalten. Prüfen Sie daher bei jedem Verfahren, für das Sie mitverantwortlich sind, ob Ihre privaten Interessen oder solche Ihrer Angehörigen oder z. B. auch von Organisationen, denen Sie verbunden sind, zu einer Kollision mit Ihren hauptberuflichen Verpflichtungen führen können. Vermeiden Sie jeden bösen Schein möglicher Parteilichkeit. Sorgen Sie dafür, dass Sie niemandem befangen erscheinen, auch nicht durch „atmosphärische“ Einflussnahmen von interessierter Seite.

Erkennen Sie bei einer konkreten dienstlichen Aufgabe eine mögliche Kollision zwischen Ihren dienstlichen Pflichten und Ihren privaten Interessen oder den Interessen Dritter, denen Sie sich verbunden fühlen, so unterrichten Sie darüber Ihren Vorgesetzten oder Ihre Vorgesetzte, damit angemessen reagiert werden kann (z. B. Befreiung von Tätigkeiten im konkreten Einzelfall).

Auch bei von Ihnen ausgeübten oder angestrebten Nebentätigkeiten muss eine klare Trennung zwischen der Arbeit und der Nebentätigkeit bleiben. Persönliche Verbindungen, die sich aus der Nebentätigkeit ergeben, dürfen die hauptberufliche Tätigkeit nicht beeinflussen. Verzichten Sie im Einzelfall auf die Nebentätigkeit.

Bedenken Sie außerdem, dass bei Ausübung genehmigungspflichtiger, aber nicht genehmigter Nebentätigkeiten dienst- bzw. arbeitsrechtliche Konsequenzen drohen; dasselbe gilt bei Versäumnis von Anzeigepflichten.

Unabhängig davon schadet es früher oder später Ihrem Ansehen – und damit dem Ansehen des gesamten öffentlichen Dienstes – wenn Sie im Konfliktfall Ihren privaten Interessen den Vorrang gegeben haben. Das gilt in besonderem Maße, wenn Sie an einflussreicher Stelle tätig sind. Achten Sie in diesem Fall besonders darauf, nur jene Konditionen in Anspruch zu nehmen, die für vergleichbare Umstände abstrakt geregelt sind.

**zu 6.** Korruption kann nur verhindert und bekämpft werden, wenn sich jeder verantwortlich fühlt und alle als gemeinsames Ziel die "korruptionsfreie Dienststelle" verfolgen. Das bedeutet zum einen, dass alle Beschäftigten im Rahmen ihrer Aufgaben dafür sorgen müssen, dass Außenstehende keine Möglichkeit zur unredlichen Einflussnahme auf Entscheidungen haben.



Das bedeutet aber auch, dass korrupte Beschäftigte nicht aus falsch verstandener Solidarität oder Loyalität gedeckt werden dürfen. Hier haben alle die Verpflichtung, zur Aufklärung von strafbaren Handlungen beizutragen und die eigene Dienststelle vor Schaden zu bewahren. Ein "schwarzes Schaf" verdirbt die ganze Herde. Beteiligen Sie sich deshalb nicht an Vertuschungsversuchen.

Für jede Dienststelle gibt es eine Ansprechperson für Korruptionsprävention. Sie sollten sich nicht scheuen, mit ihr zu sprechen, wenn das Verhalten von anderen Beschäftigten Ihnen konkrete und nachvollziehbare Anhaltspunkte dafür gibt, dass sie bestechlich sein könnten. Die Ansprechperson wird Ihren Wunsch auf Stillschweigen berücksichtigen und dann entscheiden, ob und welche Maßnahmen zu treffen sind. Ganz wesentlich ist allerdings, dass Sie einen Verdacht nur dann äußern, wenn Sie nachvollziehbare Hinweise dafür haben. Es darf nicht dazu kommen, dass andere angeschwärzt werden, ohne dass ein konkreter Anhaltspunkt vorliegt.

**zu 7.** Oftmals führen lang praktizierte Verfahrensabläufe dazu, dass sich Nischen bilden, in denen Korruption besonders gut gedeihen kann. Das können Verfahren sein, bei denen nur eine Person allein für die Vergabe von Vergünstigungen verantwortlich ist. Das können aber auch unklare Arbeitsabläufe sein, die eine Überprüfung erschweren oder verhindern.

Hier kann meistens eine Änderung der Organisationsstrukturen Abhilfe schaffen. Daher sind alle Beschäftigten aufgefordert, entsprechende Hinweise an die Organisatoren zu geben, um zu klären und transparenten Arbeitsabläufen beizutragen.

Auch innerhalb von Arbeitseinheiten müssen Arbeitsabläufe so transparent gestaltet werden, dass Korruption gar nicht erst entstehen kann.

Ein weiteres Mittel, um Gefahrenpunkte wirksam auszuschalten, ist das Rotieren von Personal. In besonders korruptionsgefährdeten Bereichen ist daher dieses Personalführungsinstrument verstärkt einzusetzen. Dazu ist die Bereitschaft der Beschäftigten zu einem regelmäßigen Wechsel – in der Regel sollte die Verwendungsdauer fünf Jahre nicht überschreiten – der Aufgaben zwingend erforderlich, auch wenn dies im Regelfall mit einem höheren Arbeitsanfall (Einarbeitungszeit!) verbunden ist.

**zu 8.** Wenn Sie in einem besonders korruptionsgefährdeten Bereich tätig sind, nutzen Sie die Angebote der Dienststelle, sich über Erscheinungsformen, Gefahrensituationen, Präventionsmaßnahmen, strafrechtliche sowie dienst- oder arbeitsrechtliche Konsequenzen von Korruption aus- und fortbilden zu lassen. Dabei werden Sie lernen, wie Sie selbst Korruption verhindern können und wie Sie reagieren müssen, wenn Sie korrumpiert werden sollen oder Korruption in Ihrem Arbeitsumfeld entdecken. Aus- und Fortbildung werden Sie sicher machen, mit dem Thema Korruption in der richtigen, gesetzestreuen Weise umzugehen.



## **Anlage 5: Inhaltsverzeichnis Deckungsprüfungsbericht** (Stand: März 2026)

### **Abkürzungsverzeichnis**

#### **1 Prüfungsauftrag und Prüfungsdurchführung**

- 1.1 Prüfungsanordnung und Gegenstand der Prüfung
- 1.2 Prüfungsdurchführung (z. B. *Art und Umfang der Prüfung, Unterlagen, Ergebnisse der Internen Revision bezüglich des Pfandbriefgeschäfts sowie weitere Auskünfte*)

#### **2 Grundlagen des Pfandbriefgeschäfts**

- 2.1 Gesellschaftsrechtliche und wirtschaftliche Grundlagen (*kurze Darstellung von Rechtsform, Art Institut gemäß KWG, Anteilseigner/Träger, Vorstand, Aufsichtsrat, wichtige Kenn-, Erfolgs- und Bilanzzahlen, Geschäftsmodell, Niederlassungen*)
- 2.2 Erlaubnis zum Betreiben des Pfandbriefgeschäfts
- 2.3 Einordnung des Pfandbriefgeschäfts in die Aufbauorganisation

#### **3 Pfandbriefumlauf** (*Struktur und Entwicklung*)

- 3.1 Hypothekendarlehen
- 3.2 Öffentliche Pfandbriefe
- 3.3 Schiffspfandbriefe
- 3.4 Flugzeugpfandbriefe

#### **4 Deckungsmasse für Hypothekendarlehen** (*sofern Gegenstand der Prüfung*)

- 4.1 Struktur und Entwicklung der Deckungsmasse
- 4.2 Darstellung der Stichprobe
- 4.3 Grundlagen der Organisation
- 4.4 Gutachterwesen
- 4.5 Bestellung der zur Deckung dienenden Grundpfandrechte (z. B. *Konsortialgeschäft, Refinanzierungsregister eingerichtet*)
- 4.6 Beleihungsgegenstände
- 4.7 Deckungswert beeinflussende Umstände
  - 4.7.1 In Abt. II des Grundbuchs
  - 4.7.2 In Abt. III des Grundbuchs
  - 4.7.3 Nicht aus dem Grundbuch ersichtliche Lasten (z. B. *öffentlich-rechtliche Baulasten, öffentliche Förderungen*)
  - 4.7.4 Altlasten
- 4.8 Ermittlung, Festsetzung und Überprüfung des Beleihungswerts
  - 4.8.1 Ermittlung des Beleihungswerts
    - 4.8.1.1 Grundlagen
    - 4.8.1.2 Sachwertermittlung
      - 4.8.1.2.1 Bodenwertermittlung
      - 4.8.1.2.2 Wertermittlung der baulichen Anlagen (*Bauwertermittlung, insbesondere Herstellungskosten,*

*Baunebenkosten, Kosten für Außenanlagen,  
Sicherheitsabschlag)*

- 4.8.1.3 Ertragswertermittlung (z. B. *Rohertrag, Bewirtschaftungskosten, Kapitalisierungszinssatz, Restnutzungsdauer*)
- 4.8.1.4 Vergleichswertermittlung
- 4.8.1.5 Wertermittlung von Spezialimmobilien (z. B. *Alten- bzw. Pflegeheime, Krankenhäuser/Kliniken, Hotels etc.*)
- 4.8.1.6 Wertermittlung von Erbbaurechten
- 4.8.1.7 Wertermittlung von Bauland und landwirtschaftlich genutzten Grundstücken
- 4.8.1.8 Wertermittlung bei Kleindarlehen
- 4.8.1.9 Durchführung von Objektbesichtigungen
- 4.8.1.10 Ableitung des Beleihungswerts
- 4.8.2 Festsetzung des Beleihungswerts
- 4.8.3 Überprüfung der Beleihungswertermittlung nach § 26 BelWertV
- 4.9 Beleihung von im Ausland belegenen Objekten  
(*Ausführungen differenziert nach geprüften Ländern*)
  - 4.9.1 Pfandrechtsbestellung
  - 4.9.2 Ermittlung, Festsetzung und Überprüfung des Beleihungswerts
- 4.10 Versicherungspflicht nach § 15 PfandBG (*genaue Beschreibung des institutseigenen Verfahrens zur Erfüllung von § 15 PfandBG; z. B. genaue Darstellung des Leistungsumfangs sowie der Versicherungsbedingungen im Falle von Forderungsausfallversicherungen bzw. Erläuterung zu Versicherungen, bei welcher die Einstandspflicht auf einen nach Wahrscheinlichkeiten ermittelten Schadenshöchstbetrag begrenzt ist; Ausführungen differenziert nach geprüften Ländern*)
- 4.11 Weitere Deckungswerte nach § 19 PfandBG, auch i.V.m. § 49 Abs. 3 PfandBG
- 4.12 Einhaltung der im PfandBG kodifizierten Grenzen
- 4.13 Schlussfolgerungen für die geprüfte Stichprobe einschließlich ggf. erforderlicher oder erfolgter Deckungskorrekturen

**5 Deckungsmasse für Öffentliche Pfandbriefe** (*sofern Gegenstand der Prüfung*)

- 5.1 Struktur und Entwicklung der Deckungsmasse
- 5.2 Darstellung der Stichprobe
- 5.3 Grundlagen der Organisation
- 5.4 Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen nach § 20 Abs. 1 PfandBG (*mit hinreichender Erläuterung zum rechtlichen Status der Schuldner je nach deren Art*)
  - 5.4.1 Deckungswerte nach § 20 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG
  - 5.4.2 Deckungswerte nach § 20 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG
  - 5.4.3 Deckungswerte mit Bonitätsstufe 2 nach § 20 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG und § 49 Abs. 2 PfandBG
  - 5.4.4 Deckungswerte nach § 49 Abs. 3 PfandBG

- 5.5 Weitere für die Deckungsfähigkeit der Deckungswerte nach § 20 Abs. 1 PfandBG relevante Aspekte (*jeweils mit Ausführungen zur grundsätzlichen Handhabung*)
  - 5.5.1 Ordnungsgemäße Vertretung (z. B. Zeichnungsberechtigung)
  - 5.5.2 Zustimmungserfordernisse (z. B. durch Aufsichtsbehörden)
  - 5.5.3 Abtretungen
  - 5.5.4 Aufrechnungsverzicht bei ausländischen Schuldern
  - 5.5.5 Wertpapiere in Deckung (z. B. Ausstattung der Papiere, bei strukturierten Papieren Beschreibung und Beurteilung wesentlicher Ausstattungsmerkmale)
  - 5.5.6 Sonstige Aspekte
- 5.6 Weitere Deckungswerte nach § 20 Abs. 2 PfandBG, auch i.V.m. § 49 Abs. 3 PfandBG
- 5.7 Einhaltung der im PfandBG kodifizierten Grenzen
- 5.8 Schlussfolgerungen für die geprüfte Stichprobe einschließlich ggf. erforderlicher oder erfolgter Deckungskorrekturen

## **6 Deckungsmasse für Schiffspfandbriefe (sofern Gegenstand der Prüfung)**

- 6.1 Struktur und Entwicklung der Deckungsmasse
- 6.2 Darstellung der Stichprobe
- 6.3 Grundlagen der Organisation
- 6.4 Gutachterwesen
- 6.5 Bestellung der zur Deckung dienenden Schiffshypotheken (z. B. Konsortialgeschäft)
  - 6.5.1 Bestellung nach deutschem Recht
  - 6.5.2 Bestellung nach ausländischen Rechtssystemen
- 6.6 Schiffshypothekarkreditmodalitäten
- 6.7 Beleihungsgegenstände
- 6.8 Ermittlung, Festsetzung und Überprüfung des Schiffsbeleihungswerts
  - 6.8.1 Ermittlung des Schiffsbeleihungswerts
    - 6.8.1.1 Aktueller Marktwert
    - 6.8.1.2 Durchschnittlicher Marktwert gleichartiger Schiffe
    - 6.8.1.3 Neubaupreis/Kaufpreis
    - 6.8.1.4 Verfahren gemäß § 4 Abs. 4 SchiffsBelWertV
    - 6.8.1.5 Einhaltung des § 6 SchiffsBelWertV
    - 6.8.1.6 Ableitung des Schiffsbeleihungswerts
  - 6.8.2 Festsetzung des Schiffsbeleihungswerts
  - 6.8.3 Überprüfung des Schiffsbeleihungswerts nach § 14 SchiffsBelWertV
- 6.9 Versicherungspflicht nach § 23 PfandBG
- 6.10 Weitere Deckungswerte nach § 26 PfandBG, auch i.V.m. § 49 Abs. 3 PfandBG
- 6.11 Einhaltung der im PfandBG kodifizierten Grenzen
- 6.12 Schlussfolgerungen für die geprüfte Stichprobe einschließlich ggf. erforderlicher oder erfolgter Deckungskorrekturen

## **7 Deckungsmasse für Flugzeugpfandbriefe (sofern Gegenstand der Prüfung)**

- 7.1 Struktur und Entwicklung der Deckungsmasse

- 7.2 Darstellung der Stichprobe
- 7.3 Grundlagen der Organisation
- 7.4 Gutachterwesen
- 7.5 Bestellung der zur Deckung dienenden Registerpfandrechte/Flugzeughypotheken  
(z. B. Konsortialgeschäft)
  - 7.5.1 Bestellung von Registerpfandrechten nach § 1 des Gesetzes über Rechte an Luftfahrzeugen
  - 7.5.2 Bestellung von ausländischen Flugzeughypotheken
- 7.6 Flugzeugdarlehensmodalitäten
- 7.7 Beleihungsgegenstände
- 7.8 Ermittlung, Festsetzung und Überprüfung des Flugzeugbeleihungswerts
  - 7.8.1 Ermittlung des Flugzeugbeleihungswerts
    - 7.8.1.1 Aktueller Marktwert
    - 7.8.1.2 Durchschnittlicher Marktwert gleichartiger Flugzeuge
    - 7.8.1.3 Wert bei ausgeglichenen Marktbedingungen und durchschnittlichem Zustand
    - 7.8.1.4 Verfahren gemäß § 4 Abs. 3 FlugBelWertV
    - 7.8.1.5 Einhaltung des § 6 FlugBelWertV
    - 7.8.1.6 Ableitung des Flugzeugbeleihungswerts
  - 7.8.2 Festsetzung des Flugzeugbeleihungswerts
  - 7.8.3 Überprüfung des Flugzeugbeleihungswerts nach § 12 FlugBelWertV
- 7.9 Versicherungspflicht nach § 26c PfandBG
- 7.10 Weitere Deckungswerte nach § 26f PfandBG, auch i.V.m. § 49 Abs. 3 PfandBG
- 7.11 Einhaltung der im PfandBG kodifizierten Grenzen
- 7.12 Schlussfolgerungen für die geprüfte Stichprobe einschließlich ggf. erforderlicher oder erfolgter Deckungskorrekturen

## **8 Deckungswesen und Deckungsrechnung**

- 8.1 Deckungswesen
  - 8.1.1 Organisation (*Verfahren bei Indeckungnahme und Löschung, Deckungskontrolle*)
  - 8.1.2 Deckungsregister
  - 8.1.3 Treuhänder
- 8.2 Deckungsrechnung
  - 8.2.1 Barwertdeckung
  - 8.2.2 Barwertige sichernde Überdeckung
  - 8.2.3 Nennwertdeckung
  - 8.2.4 Nennwertige sichernde Überdeckung
  - 8.2.5 Sicherung der Liquidität gemäß § 4 Abs. 1a PfandBG

## **9 Besondere Mitteilungspflichten** (*bankaufsichtlich relevante Umstände gemäß Prüfungsanordnung*)

## **10 Zusammenfassung des Prüfungsergebnisses**

**Anhang**

**A Anlage Prüfungsergebnis** *(Darstellung der wichtigsten Aspekte der geprüften Einzelfälle wie z. B. Darlehensnehmer (ggf. Bürge im Bereich der Öffentlichen Pfandbriefe), Darlehensbetrag, Indeckungnahmebetrag, bei Immobilien: Adresse der zur Sicherung dienenden Objekte / Gutachter / Datum der Wertermittlung / Sachwert / Bodenwert / Ertragswert (mit Angaben zu Bewirtschaftungskosten, Restnutzungsdauer, angewandtem Kapitalisierungszinssatz) / Vergleichswert / Beleihungswert / Beleihungsauslauf; bei Schiffen: Angaben zu Baujahr, Art und Klasse / Registerstaat / Gutachter / Datum der Wertermittlung / Beschäftigung / Neubau-/Kaufpreis / aktuellem Marktwert / durchschnittlichem Marktwert / Beleihungsauslauf / Beleihungswert, Besonderheiten; bei Flugzeugen: Angaben zu Baujahr, Art, Muster und Ausrüstung / Registerstaat / Gutachter / Datum der Wertermittlung / Beschäftigung / aktuellem Marktwert / durchschnittlichem Marktwert / Wert bei ausgeglichenen Marktbedingungen und durchschnittlichem Zustand, Beleihungsauslauf, Beleihungswert, Besonderheiten)*

**B Anlage Prüfungsfeststellungen** *(tabellarische Übersicht)*

**C Anlage Deckungskorrekturen** *(tabellarische Übersicht)*

**D Weitere Anlagen** *(z. B. Organigramm)*